

Freiheitliche Anträge

<ul style="list-style-type: none">■ „Ausbildung von Lehrlingen in der Marktgemeinde Markt Hartmannsdorf“■ „Dringlichkeitsanträge veröffentlichen“■ Einsetzung eines Finanzausschusses■ Nein zum Impfwang■ Errichtung eines Corona-Solidaritätsfonds■ Meinungsfreiheit für die Gemeindezeitung■ Aussetzung der Landesumlage	
<ul style="list-style-type: none">■ Schutzwege für die Hauptstraße und die Schule	Seit August 2020 im Ausschuss
<ul style="list-style-type: none">■ Schulstartgeld	Seit August 2020 im Ausschuss
<ul style="list-style-type: none">■ Petition Hilfsfonds für Vereine	Im August 2020 angenommen , seitdem keine Umsetzung durch den Bürgermeister

Seite 2 und 3:

Transparenz und Zusammenarbeit sind Gebot der Stunde

Seite 5:

Wege finden – Arbeit schaffen, Unternehmen retten!

Seite 6:

Neue Sozialhilfe sichert Asylanten 2800€ im Monat



Transparenz und Zusammenarbeit sind ein Gebot der Stunde

Anträge zur Erhöhung der Transparenz und besseren Vermittlung der kommunalen Geschehnisse an die Bevölkerung finden keine Zustimmung. Freiheitliche Forderung für mehr Kinderbetreuungsplätze trägt Früchte, Finanzierung wird durch Bodenaushubdeponie sichergestellt.

In Markt Hartmannsdorf hat die ÖVP die absolute Mehrheit. Von 15 Gemeinderäten gehören 10 der Volkspartei an. Im Gemeindevorstand herrscht die Farbe Schwarz. Das bedeutet, dass ohne die Zustimmung der ÖVP und damit des Bürgermeisters, keine Anträge, Vorschläge oder Interessen durchgesetzt werden können.

Durch diese Mehrheitsverhältnisse sind die Oppositionsparteien (FPÖ, Grüne, NEOS) gezwungen, um ihre Vorschläge im Gemeinderat kundzutun, „Dringlichkeitsanträge“ zu stellen. Eine Besonderheit dieser Anträge ist es, dass, bevor inhaltlich über das Thema diskutiert werden kann, der Gemeinderat mit einfacher Mehrheit die „Dringlichkeit“ zugesprochen werden muss. Bis dato war es Usus, dass allen Anträgen die Dringlichkeit zugesprochen wird, damit der Gemeinderat sich klar für oder gegen gewisse Vorschläge ausspricht. Mit dieser Vorgehensweise ist es nun leider vorbei.

Werden die Anträge abgelehnt, weil sie von der falschen Fraktion kommen?

Auf der Titelseite finden Sie alle freiheitlichen Anträge dieser Legislaturperiode und das Abstimmungsergebnis. Wie Sie sicherlich merken, handelt es sich dabei nicht um ideologische Kampft Themen, sondern um sachliche, kommunalpolitische Angelegenheiten mit dem Zweck die Gemeinde weiter zu verbessern.

So sehen wir es als absolut notwendig an, in zukünftigen Personalfragen auch die Möglichkeit der Aufnahme eines Lehrlings zu erwägen. Lehrlinge sind die Fachkräfte von morgen, daher sind sie nicht nur für die Betriebe von so hohem Stellenwert, sondern auch für die Gemeinde eine Investition in die Zukunft. Die Gemeinde würde so die Möglichkeiten nutzen, im eigenen Wirkungsbereich eine zusätzliche Zukunftsperspektive für Jugendliche zu schaffen, um dadurch der Abwanderung im ländlichen Raum effektiv entgegen zu wirken. Außerdem würde der angespannten Lage am Lehrlingsmarkt entgegengewirkt werden.



Der Antrag, dass sich die Gemeinde grundsätzlich dazu bekennt, möglichst rasch Lehrlinge im eigenen Wirkungsbereich auszubilden, wurde leider seitens der ÖVP abgelehnt.

Daher stellt sich nun die Frage, ob die Partei des Bürgermeisters den Antrag ablehnt, weil sie prinzipiell gegen Lehrlinge ist, oder weil der Antrag von der falschen Partei kommt?!

Beides sollte wohl zum Nachdenken anregen.

Die Oppositionsparteien sind am Miteinander und der Zusammenarbeit nicht nur interessiert, sondern wollen diese auch fördern. So konnten in Bezug auf den Neubau des Kindergartens, genauer gesagt auf die Anzahl der Kindergarten und –Krippengruppen einstimmig beschlossen werden, dass diese mit 5 für den Kindergarten und 3 für die Kinderkrippe festgelegt werden. Zunächst waren weniger Gruppen geplant. Nach intensiver Diskussion und klarer Formulierung auch von unserer Seite, dass man die Gruppenzahl erhöhen muss, konnten alle überzeugt werden. Somit wird die Kinderbetreuung für zahlreiche Kinder über die nächsten Jahre sichergestellt.

Man sieht, dass Zusammenarbeit funktioniert, wenn man die parteipolitische Brille ablegt.



FPÖ Weiz: „Infrastruktur ausbauen und ländlichen Raum stärken!“

Viele Straßen im Bezirk Weiz gleichen Rumpelpisten und müssen dringend erneuert werden; Freiheitliche präsentieren Infrastrukturkampagne und fordern Aufstockung des Verkehrsbudgets; Bürger können künftig mittels Smartphone-App auf Fahrbahnschäden hinweisen.

Im Rahmen einer Pressekonferenz präsentierte Klubobmann Mario Kunasek gemeinsam mit Bundesparteiobmann Norbert Hofer die neue Kampagne der FPÖ Steiermark unter dem Titel „Wege finden – Impulse setzen!“. In den vergangenen Jahren wurde der Bereich Straßeninfrastruktur von ÖVP und SPÖ sträflich vernachlässigt. Gerade in der aktuell schwachen Konjunkturlage müsste die Landesregierung mit einem Investitionsprogramm wichtige Baumaßnahmen in Angriff nehmen. Die FPÖ hat in der Vergangenheit bereits viele Male die Erhöhung des Verkehrsbudgets gefordert, dahingehende Anträge wurden allerdings stets abgelehnt. Stattdessen haben Schwarz und Rot zuletzt ein um 30 Millionen Euro geringeres Budget beschlossen. Viele notwendige Straßeninfrastrukturmaßnahmen werden folglich nicht realisiert werden können, wodurch insbesondere der ländliche Raum leiden wird. „Auch in unserem Bezirk besteht dringender Handlungsbedarf. Die aktuelle Kampagne der Landes-FPÖ sowie die zugehörige Smartphone-App sind absolut begrüßenswert. Es ist zu hoffen, dass viele Menschen die neue App auch nutzen werden, um den schlechten Straßenzustand zu melden. Offenbar müssen SPÖ und ÖVP auf Landesebene wachgerüttelt werden. Wenn nicht bald ordentlich in die Landesstraßen investiert wird, dann steht uns eine infrastrukturelle Rückentwicklung bevor“, warnt FPÖ-Bezirksparteiobmann LAbg. Patrick Derler.

Um der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, Fahrbahnschäden von Landesstraßen einfach zu beanstanden, hat die FPÖ Steiermark auch eine eigene Smartphone-App entwickelt. Mittels der Applikation „Infra-STMK“, die ab sofort im Apple- und Google Play-Store heruntergeladen werden kann, können Bürger aus der ganzen Steiermark Schlaglöcher und Fahrbahnschäden bei ihnen vor Ort fotografieren und hochladen. So kann eine raschere Behebung dieser erwirkt werden.



The graphic features the FPÖ logo and the website fpoe-stmk.at in the top left. The main headline reads "Jetzt mitmachen!". Below it, a three-step process is outlined: "1. App aus dem Store herunterladen", "2. Straße fotografieren", and "3. Daten ausfüllen". A hand is shown holding a smartphone displaying the app's interface, which includes a camera icon and a "hochladen" button. In the bottom left corner, there is a circular logo with the text "WEGE FINDEN", "FPÖ IMPULSE SETZEN", and "infrastruktur-stmk.at".

DAS BEISPIEL

Familie Z. aus Afghanistan befindet sich seit 8 Monaten in Österreich. Ein positiver und rechtskräftiger Asylbescheid liegt vor. Vater und Mutter sind arbeitslos und beziehen aktuell Mindestsicherung. Die drei Kinder haben ein Alter von 3, 6 und 9 Jahren.

Für die Mietkosten in einer Grazer Wohnung fallen 900,- Euro monatlich an.

Fördersumme für Familie Z. (5 Personen) nach dem neuen ÖVP-SPÖ-Sozialunterstützungsgesetz gültig ab 1. Juli 2021:

Sozialunterstützung Herr Z. 665 Euro + **Sozialunterstützung Frau Z. 665 Euro**
+ Sozialunterstützung für die 3 Kinder 598,5 Euro + **Familienbeihilfe für die 3 Kinder 593 Euro¹**
+ Wohnkostenpauschale als Sachleistung 266 Euro²

Monatliche Unterstützung aus dem Steuertopf für Familie Z. 2.787,5 Euro netto

Zusätzliche Vergünstigungen für Familie Z.:

- Rezeptgebührenbefreiung
- Zuschussleistung zu den Fernsprechentgelten
- ORF-GIS-Gebührenbefreiung
- Befreiung von der Ökostrompauschale



1: Familienbeihilfe-Rechner der Arbeiterkammer (Quelle: <https://familienbeihilfe.arbeiterkammer.at/>); 2: Wohnkostenpauschale Berechnung: Miete von 900 Euro, aliquot aufgeteilt auf 2 Personen = 450 Euro. Zustehender Wohnbedarf ein Erwachsener (40 Prozent vom jeweiligen Höchstsatz): 40 Prozent von 665 Euro = 266 Euro · Wohnkostenpauschale 1 Erwachsener (20 Prozent vom jeweiligen Höchstsatz): 20 Prozent von 665 Euro = 133 Euro

Wege finden – Arbeit schaffen, Unternehmen retten!

Seit mittlerweile mehr als einem Jahr leidet Österreich unter den schwarz-grünen Corona-Maßnahmen. Durch den Dauerlockdown sowie die vielzähligen, überschießenden und teils nicht nachvollziehbaren Corona-Restriktionen hat die Bundesregierung die heimische Wirtschaft in eine existenzielle Krise gestürzt. Zehntausende Steirerinnen und Steirer haben derzeit keine Arbeit, zahlreiche Unternehmen schlittern in den

Konkurs und etliche Existenzen stehen auf dem Spiel. Wenn seitens der politischen Verantwortungsträger nicht schleunigst entgegengelenkt wird, steuern wir auf eine wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Katastrophe zu.

Doch anstatt endlich die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, erweist sich die schwarz-grüne Bundesregierung als Totengräberin der heimischen Wirtschaft. Auch die steirische Landesregierung übt sich als Ankündigungsriese und Umsetzungszwerg. So sind die in Aussicht gestellten Förderungen bisher bei den wenigsten betroffenen Menschen angekommen.

Es ist nun höchst an der Zeit, konjunkturbelebende Maßnahmen im Sinne der heimischen Unternehmer zu setzen und damit den wirtschaftlichen Aufbruch zu forcieren. Es braucht endlich konkrete Impulse, um die Wirtschaft aus der Krise zu führen. Im Fokus aller Anstrengungen muss der Kampf gegen Pleitewellen und Massenarbeitslosigkeit stehen. Klare Perspektiven und wirksame Unterstützungsmaßnahmen müssen das Gebot der Stunde für alle Verantwortungsträger sein. Es müssen endlich Wege gefunden werden, um Arbeit zu schaffen und Unternehmen zu retten!

Ihr Landtagsabgeordneter Patrick Derler,
 Arbeitsprecher des Freiheitlichen Landtagsklubs und Bezirksparteiobmann der FPÖ Weiz



WEGE FINDEN **IMPULSE SETZEN**

- ARBEITSPLATZ- UND LEHRLINGSOFFENSIVE **STARTEN**
- **UNBÜROKRATISCHE UND RASCHE** BETRIEBSANSIEDELUNGEN
- WIRKSAME DIREKTFÖRDERUNGEN FÜR DEN **ERHALT VON JOBS**
- **REGIONALOFFENSIVE** FÜR LÄNDLICHE PRODUKTE UND HANDWERKER

„Nur so wird es gelingen, dauerhafte Massenarbeitslosigkeit, eine Pleitewelle und soziale Konflikte zu verhindern.“



Mario Kunasek
FPÖ-Landesparteiobmann

Unfair: Neues Sozialunterstützungsgesetz ermöglicht bis zu 2.800 Euro netto im Monat für Asylantenfamilie

Im Februar wurde im Steiermärkischen Landtag als Ersatz für die Mindestsicherung die neue Sozialunterstützung durchgepeitscht. Mit diesem schwarz-roten Vorgehen wurden die Bestrebungen der vormaligen türkis-blauen Bundesregierung, wieder mehr Gerechtigkeit gegenüber der heimischen Bevölkerung zu schaffen, endgültig zu Grabe getragen. Unbedingtes Ziel war es damals, durch das Sozialhilfe-Grundsatzgesetz Österreich als Zielland für arbeitsunwillige Zuwanderer unattraktiver zu machen. Jedoch wurde jetzt die Chance vertan, ein für unverschuldet in Not geratene Steirer faires und nachvollziehbares Auffangnetz zu schaffen.

Faktum ist: In der Steiermark ist bereits jeder zweite Vollunterstützte ein Nicht-Österreicher. Tendenz steigend.

Diesem Trend entschieden entgegenzuwirken, steht für die FPÖ ganz oben auf der politischen Agenda. Aus diesem Grund wurde im Landtag alles unternommen, um dennoch ein für alle Steirer faires Unterstützungsmodell sicherzustellen. Leider wurden diese Vorstöße mehrheitlich abgelehnt. Dennoch bleiben die Forderungen sämtlicher freiheitlicher Sozialpolitiker aufrecht, um die Unterstützungsleistungen nicht zu einem Fass ohne Boden werden zu lassen.

Krisenvorbereitungen sind bis in die Gemeinden wichtig!



Das neue Jahr hielt gleich zu Beginn eine unangenehme Überraschung parat. Am 8. Januar schrammte Europa nur um Haaresbreite an einem flächendeckenden Stromausfall – einem sogenannten „Blackout“ – vorbei. Bereits im Jahr 2006 kam es zu einer derartigen „Großstörung“, also einem Stromausfall in länderübergreifenden Teilen Europas. Damals waren mehr als zehn Millionen Haushalte in Westeuropa vom Stromnetz getrennt. Um einer solchen Gefahr effektiv begegnen zu können, sind Vorbereitungen auf allen Ebenen unerlässlich. Quer durch die Steiermark werden die freiheitlichen Gemeinderäte Initiativen zur Blackout-Vorsorge in

den Gemeindestuben einbringen. Von Informationsveranstaltungen über die Förderung von Notstromaggregaten bis zu eigenen Blackout-Notfallboxen sollte so versucht werden, bestmöglich auf einen flächendeckenden Stromausfall vorbereitet zu sein. Damit Sie sich persönlich einen Überblick darüber verschaffen können, wie gut Sie für den Fall des Falles gerüstet sind, finden Sie auf der folgenden Seite eine kurze Übersicht der wichtigsten Vorbereitungsmaßnahmen und Gegenstände, welche Sie immer zuhause haben sollten.

Ihr
Mario Kunasek

BLACKOUT

Checkliste für den Ernstfall

Um für ein Blackout (längerer Stromausfall) gerüstet zu sein, ist ein ausreichender Vorrat von lebensnotwendigen Gegenständen unerlässlich. Der Vorrat sollte zumindest für 3 bis 4 Tage für die gesamte Familie reichen.

In einen sicheren Haushalt darf folgender Vorrat nicht fehlen:

- Getränke – min. 2l pro Person/Tag
- Lebensmittel – Konserven, Fertiggerichte etc.
- Körperpflege- und Hygiene-Produkte
- Toilettenpapier
- Zahnpasta
- Gut gefüllte Hausapotheke
- Erste-Hilfe-Koffer



Darüber hinaus sind folgende Vorbereitungen wichtig:

- Kochmöglichkeit (z. B. Gaskocher)
- Taschenlampen inkl. Batterien
- Radio (Batterie- oder Dynamobetrieb)
- Funktionsfähiger Feuerlöscher
- Dokumentenmappe
- Reisepass
- Personalausweis
- Geburts- & Heiratsurkunde



Die wichtigsten NOTRUF- & NOTFALLNUMMERN

Feuerwehr: 122 **Polizei:** 133
Rettung: 144 **Euronotruf:** 112

Bei Anrufen an eine Notrufnummer leiten Experten das Gespräch, dennoch sind folgende wichtige Informationen mitzuteilen:

- » **Wer** ruft an?
- » **Was** ist passiert?
- » **Wann** ist es passiert?
- » **Wie viele** verletzte bzw. betroffene Personen gibt es?
- » **Wo** wird Hilfe benötigt?



- » Bei einer Evakuierung kann die Plünderung verlassener Häuser nicht ausgeschlossen werden. Daher ist die Mitnahme der Dokumentenmappe sehr wichtig.
- » Besonders wertvolle Gegenstände oder Dokumente verwahrt man am besten in Bankschließfächern.
- » Regelmäßige Kontrolle der Hausapotheke.
- » 3 bis 4 Tage sollte jeder Haushalt ohne Einkaufen und Strom auskommen. Stellen Sie sich vor, was Sie auf einen Campingurlaub mitnehmen würden und lagern sie dies zu Hause ein.
- » Kontrollieren Sie selbst, wie gut sie für ein Blackout vorbereitet wären!

Weitere Informationen sowie Ratgeber finden Sie unter www.zivilschutzverband.at